

# ROTDRUCK

## Wahlbetrug!

»Längeres gemeinsames Lernen« hatten SPD und Grüne im Wahlkampf versprochen. Doch der jetzt geschlossene »Schulfrieden« mit der CDU bringt genau das Gegenteil. **Seite 4**



**Kein Werben fürs Sterben!**

**Liebe Leserin, lieber Leser,**

pünktlich zum NRW-Tag haben wir die Herbst-Ausgabe unseres **ROTDRUCK** fertiggestellt. Bei dieser Feier versucht die Bundeswehr wieder einmal, Jugendliche für den Dienst an der Waffe zu gewinnen. Wir von der Fraktion DIE LINKE sind der Meinung: Die Bundeswehr ist keine Organisation wie jeder andere. Und eine Verpflichtung beim Militär ist kein Ersatz für einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. Das Töten von Menschen in Afghanistan und anderswo muss aufhören und darf nicht beworben werden. Deshalb lautet unsere Forderung am NRW-Tag: Kein Werben fürs Sterben! Auch anderswo wird getrickst und getäuscht: Beim Sozialticket beispielsweise und bei der WestLB. In **ROTDRUCK** decken wir auf, was die Landesregierung behauptet – und was in Wahrheit dahinter steckt. Auch bei der Abschaffung der Studiengebühren schwindelt die Regierung ganz kräftig. Denn Hannelore Kraft wollte das 500-Euro-Studium erst 2012 abschaffen. Nur dem Druck der LINKEN gemeinsam mit den Studierenden ist es zu verdanken, dass schon das gerade beginnende Semester für alle frei ist. Darüber sprach **ROTDRUCK** mit einem Studenten der Universität Duisburg-Essen. Schauen Sie rein und lesen Sie, was Ihre Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW und außerhalb des Parlaments ansonsten noch bewegt!

*Bärbel Beuermann*  
Ihre Bärbel Beuermann  
Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW

*Wolfgang Zimmermann*  
Ihr Wolfgang Zimmermann



**Der Bundeswehr fehlt der Nachwuchs. Seit dem Aussetzen der Wehrpflicht gelingt es nicht mehr, die vorgesehene Truppenstärke von 170.000 Soldatinnen und Soldaten (einschließlich Reservisten) und 5000 bis 15.000 »Freiwillig Wehrdienstleistenden« zu gewährleisten. Zahlreiche dieser »Freiwilligen« nehmen ihr Kündigungsrecht während der Probezeit wahr, weil die Bedingungen beim Militär so sind, wie sie noch zu Zeiten von Zwangs-**

**dienstleistenden gewesen sind. Schikanen, die im zivilen Leben nicht möglich wären, sind beim Bund nach wie vor an der Tagesordnung, dazu sind Kriegseinsätze inzwischen keine Seltenheit mehr.**

So ist die Bundeswehr zunehmend auf Berufsmessen, in Arbeitsagenturen, bei Sportfesten und in Schulen präsent und auf der Suche nach willigem Nachwuchs. Nach derzeitiger Planung soll die Werbekampagne für den »Freiwilligen Wehrdienst« bis zum Jahresende 2011 in ei-

ner Vielzahl regionaler Medien fortgesetzt werden, um im Umfeld der Truppenteile und Dienststellen zielgruppen-genaue für konkrete Verwendungen zu werben. Auch bei »Tagen der Offenen Tür« in Kasernen wird auf mitunter gruselige Weise für den Soldatenberuf geworben. In der Kaserne im bayerischen Bad Reichenhall beispielsweise hat die Bundeswehr im Rahmen ihres »Kinderprogramms« eine Art Schlachtfeld präsentiert, auf dem Kinder mit Schusswaffen den Straßenkampf üben konnten. **» Weiter auf Seite 2**

## Eine sozial gerechte Energiewende ist machbar – wenn man nur will

Die Energiewende wollen nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, sondern angeblich sogar die Kanzlerin. Doch der Ausstieg aus der lebensgefährlichen Atomenergie ist noch lange nicht in trockenen Tüchern. Die profitgierigen Energiekonzerne feilschen um jedes Kraftwerk, um jeden Euro. Und sie versuchen, die Kosten für die überfällige Umrüstung auf sauberen und sicheren Strom den Verbrauchern/-innen aufzudrücken. Aber eine sozial gerechte Energiewende ist möglich - in **ROTDRUCK** zeigt die Fraktion DIE LINKE, wie das geht. **Seite 5**





16. März: Vor dem Landtag wird dafür demonstriert, Propaganda-Offiziere der Bundeswehr aus den Klassenzimmern zu verbannen. Zeitgleich beantragt im Schulausschuss DIE LINKE, den Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr zu kündigen. Abgelehnt – mit den Stimmen aller anderen Parteien im Landtag.

» Weiter von Seite 1

Das Miniaturdorf war mit dem Namen Klein-Mitrovica bezeichnet. Die Kinder konnten es unter einem Tarnnetz liegend ins Visier nehmen. Die Szenerie ähnelte jener von Modelleisenbahn-Landschaften. Die Häuser boten sichtbare Kampfspuren und waren teilweise beschädigt. Wenigstens fehlten die Leichen. Auch auf dem NRW-Tag Anfang Oktober in Bonn ist das Militär wie schon im letzten Jahr, damals in Siegen, präsent und missbraucht ein sonst friedliches Fest für seine kriegerische Werbung. Die Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW hatte schon seinerzeit dagegen agitiert – und tut es auch dieses Jahr wieder. In NRW gibt es wie auch in anderen Bundesländern Kooperationsverträge der Schulministerien mit der Bundeswehr. Bundesweit wurden im Jahr 2010 mehr als hunderttausend Schüler und Schülerinnen von den Jugendoffizieren der Bundeswehr besucht. Proteste und Gegenkampagnen dazu gibt es nur vereinzelt. Der Propaganda-Berieselung durch die Jugendoffiziere wird aus verschiedenen Gründen oft keine Gegenposition entgegengestellt: Friedensgruppen

weigern sich, solche Schulbesuche der Bundeswehr zu begleiten, um sie nicht durch ihre Teilnahme zu legitimieren. Meist fehlen ihnen auch einfach die personellen und finanziellen Ressourcen, um mit den Scharen der bestens ausgerüsteten Propaganda-Offiziere mitzuhalten. Oder sie erfahren zu spät oder gar nicht von den Besuchern in Uniform. Die Militärbesuche in NRW-Schulen erfolgen bis heute auf der Grundlage einer im Jahr 2008 von der damaligen CDU-Schulministerin Barbara Sommer geschlossenen Vereinbarung zur Zusammenarbeit mit der Bundeswehr. Die Fraktion DIE LINKE hat im Frühjahr 2011 im Landtag beantragt, diesen Vertrag aufzukündigen. Der Antrag wurde im Schulausschuss beraten und alle anderen vier Landtags-Fraktionen empfahlen dem Plenum, den Antrag der Fraktion DIE LINKE abzulehnen. Die Landesregierung sei jedoch mit einer Überarbeitung des Kooperationsvertrages beschäftigt, hieß es in der Empfehlung. Der Landtag folgte Ende März der Empfehlung des Ausschusses und lehnte den Antrag der LINKEN im Landtag NRW ab – das Militär darf weiter in die Schulen und vor den Schülerinnen und Schülern fürs Sterben werben. Am Tag der Abstimmung fand vor dem Landtag eine Kundgebung des Bündnisses »Schule ohne Bundeswehr« statt, die von der Fraktion DIE LINKE begrüßt worden war. Die Demonstranten/-innen überreichten dem Staatssekretär des Schulministeriums über 100 Unterschriften gegen diese Kooperationsvereinbarung. Anfang September 2011 ließ dieser Staatssekretär die

Öffentlichkeit wissen, dass die Bundeswehr künftig nicht mehr wie bisher an der Lehrerfortbildung beteiligt sein solle und dass im künftigen Haushalt Mittel eingeplant werden, um Kooperationen nicht nur mit der Bundeswehr, sondern auch mit Vertretern/-innen der Friedensbewegung zu ermöglichen. Damit ist zwar längst nicht gewährleistet, dass Bundeswehrwerbung an Schulen nicht mehr stattfinden wird. Und aufgrund des Ungleichgewichts zwischen Offizieren mit einem riesigen Apparat im Rücken einerseits und ehrenamtlich arbeitenden Friedensfreunden andererseits, das die halbherzige Regelung der Landesregierung wohl nicht angleichen kann und will, ist keineswegs gewährleistet, dass den Propaganda-Soldaten überall antimilitaristische Argumente entgegengesetzt werden können. Aber wenigstens hat der gemeinsame Druck der Fraktion DIE LINKE, des Bündnisses »Schule ohne Bundeswehr« und anderer Friedensinitiativen bewirkt, dass der Einfluss der Propaganda-Offiziere auf die Schülerinnen und Schüler zumindest ein Stück weit zurückgedrängt wurde.

**Daumenschrauben für verarmte Gemeinden**

Als sie in der Opposition waren, versprachen SPD und Grüne den verarmten Kommunen in NRW Hilfe und Entschuldung. In der Regierung packen sie jetzt die Daumenschrauben aus: Pflichtbeteiligungen, Auflagen und Zwangsmaßnahmen. Wer nicht spurt, bekommt nichts. »Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung« nennt das die Regierung. DIE LINKE lehnt diesen Gesetzentwurf ab. Sie fordert stattdessen, die bereits beschlossenen Landeshilfen von 350 Millionen Euro an die notleidenden Kommunen auszuzahlen – ohne Auflagen und Bedingungen. Außerdem soll das Land zwei Drittel der Schulden der Kommunen übernehmen. Denn Land und Bund selbst waren es, die die Gemeinden zu vielen Ausgaben gezwungen haben. Doch während für die WestLB und ihre unbekannteren Gläubiger mal eben eine Milliarde Euro aus Steuergeldern locker gemacht wird, sollen die Menschen in den Kommunen auf Schwimmbäder, Bibliotheken und Kinderspielplätze verzichten.

**Etikettenschwindel: Wo NRW draufsteht, sind Lobbyisten drin**

Die Landesregierung präsentiert unser NRW auf vielen Veranstaltungen. Doch wo NRW draufsteht, stecken oft in Wirklichkeit große Konzerne drin. Beispiel: Das Sommerfest in der Landesvertretung NRW in Berlin. Es wurde dieses Jahr zu 100 Prozent von Sponsoren bezahlt: RWE, WestLB, Telekom und andere. Revanchiert sich da jemand für die konzernfreundliche Politik von Rot-Grün? Es sind vor allem Firmen aus dem Energiesektor und dem Bankenbereich, die regelmäßig fünfstellige Summen springen lassen. Summen, die in keinem Rechenschaftsbericht auftauchen. Eine Lobbypolitik, die nicht nur DIE LINKE kritisiert, sondern auch die EU – bisher ohne Erfolg.

**Später Ladenschluss: Wenig Nutzen, viel Streß**

Die alte Rüttgers-Regierung hat sie eingeführt, die Bürgerinnen und Bürger wollen sie nicht, aber die Kraft-Regierung will nichts dran ändern: die verlängerten Ladenschlusszeiten. Seit 2006 dürfen Läden auch nach 20 Uhr geöffnet haben. Nun zeigt eine offizielle Studie: Nicht einmal jeder 20. Befragte kauft nach 20 Uhr noch Lebensmittel ein. Kleidung kaufen nach dieser Uhrzeit sogar nur 1,7 Prozent, Einrichtungsgeschäfte nur 1,2 Prozent der Menschen ein. Den Bürgern/-innen bringen die langen Öffnungszeiten also kaum Nutzen, den Angestellten aber viel Ärger: Fast zwei Drittel der Verkäufer/-innen, die nachts noch arbeiten müssen, sind überlastet und gestresst. Die meisten Befragten Menschen in NRW wollen, dass die Läden wieder um 20 Uhr schließen. Das fordert auch DIE LINKE schon lange.

**Ali Atalan**  
Migrations- und friedenspolitischer Sprecher



**NEIN!** »Wir wollen nicht, dass Asylbewerber/-innen unterhalb des Existenzminimums leben müssen. Das rassistische Asylbewerberleistungsgesetz muss sofort abgeschafft werden!«

**Anna Conrads**  
Innen- und rechtspolitische Sprecherin



**NEIN!** »Die Bundeswehr darf an Schulen keine Werbung für Krieg und Militär machen! Schule darf kein Ort für die Rekrutierung von Berufssoldaten/-innen sein. Ausbildungsplätze statt Auslandseinsätze!«

# Her mit dem Sozialticket!

## DIE LINKE kämpft zusammen mit Initiativen für ein landesweites 15-Euro-Sozialticket

**In den Verkehrsverbänden Nordrhein-Westfalens gibt es Jobtickets, Firmentickets, Schülertickets, Schokotickets, Juniotickets, Semestertickets, Seniorentickets, Barentickets ... Nur für eine Gruppe gibt es nichts: für die einkommensarmen Menschen im Land.**

Über zwei Millionen Menschen in NRW werden Mobilität und Teilhabe am öffentlichen Leben erschwert oder verwehrt. Beziehern/-innen kleiner Einkommen, von Hartz IV oder ähnlichen Sozialleistungen sowie Kleinstrentner/-innen, für die auch ein Seniorenticket zu teuer ist. Das will DIE LINKE ändern: Die Landtagsfraktion hat einen Antrag in die parlamen-

tarische Beratung gebracht, mit dem ein preisgünstiges, in ganz NRW gültiges Sozialticket eingefordert wird, ähnlich dem Semesterticket. Dieses müssten dann alle Kommunen zu gleichen Bedingungen umsetzen und das Land müsste ausreichende Finanzmittel bereitstellen.

**15 Euro sind das Maximum!**

Wir wollen einen öffentlichen Nahverkehr, den sich jede/-r leisten kann. Ein Preis von 15 Euro ist das Maximum, das noch erschwinglich ist. Ein Sozialticket ist finanzierbar und trägt sich teilweise selbst: Durch höhere Fahrgastzahlen steigt die Wirtschaftlichkeit des ÖPNV, es werden dauerhaft neue Fahrgäste gewonnen, die Zahl der



»Schwarzfahrer« sinkt. Dies hat auch eine Marktstudie zum Sozialticket in Köln ergeben, worauf die Zuschüsse der Stadt Köln auf ein

Fünftel des vorher geplanten Betrages reduziert werden konnten. Darüber hinaus anfallende Kosten müssten aus Landesmitteln finanziert werden.

Die von der SPD/Grünen-Landesregierung eingeplanten Mittel von 30 Millionen Euro jährlich sind entschieden zu wenig. Wer meint, hier sparen zu können, lässt Bürger/-innen, Kommunen und Beschäftigte in den Verkehrsbetrieben die Zeche zahlen. Nötig sind rund 100 Millionen Euro an Landesmitteln. Das ist weniger als die Mehrkosten für das Landesarchiv in Duisburg, das statt der geplanten 34 Millionen jetzt 190 Millionen Euro kosten soll. Für angebliche »Investoren« und Bauvorhaben ist immer Geld da, bei sozialen Projekten wird dagegen geknausert und der Sparhammer geschwungen. Die LINKE will ein aus-

**Carolin Butterwege**  
Sozial- und familienpolitische Sprecherin



**JA!** »Wir brauchen unbedingt ein 15-Euro-Sozialticket für NRW – damit wirklich alle Menschen mobil sind und am öffentlichen Nahverkehr teilhaben können!«



## Das VRR-Ticket zu 29,90 Euro ist eine Mogelpackung

**Am 19. Juli hat der VRR-Verwaltungsrat ein sogenanntes »Sozialticket« beschlossen. Es soll am 1. November 2011 im VRR-Bereich eingeführt werden und 29,90 Euro kosten. Das Ticket ist begrenzt auf die Preisstufe A, sodass nicht einmal die Fahrt in eine Nachbargemeinde möglich ist, geschweige denn eine weitere erwachsene Person mitgenommen werden kann, wie bei anderen Zeitkarten üblich.**

Der hohe Preis wird voraussehbar dazu führen, dass das Ticket nur von einer kleinen Schicht der Bezugsberechtigten in Anspruch genommen wird. Beim Preis von knapp 30 Euro werden vor allem solche einkommensarmen Menschen das VRR-Ticket kaufen, die früher notgedrungen ein noch teureres Monatsabo gekauft haben, zum Beispiel um als Wohngeldbezieher oder Geringverdiener zur Arbeitsstelle zu kommen. Für sie ist das Ticket eine Verbesserung. Für Hartz-IV-Bezieher/-innen

ist es aber unerschwinglich. Das wird voraussichtlich zu Verlusten durch Wanderungsbewegungen aus teureren Tickets führen, ohne dass deutliche Mehreinnahmen durch viele Neukunden hinzukommen, weil der Preis zu hoch ist. So beschert man sich selbst höhere Verluste als nötig. Schon jetzt ist klar, dass dieses Ticket nicht flächendeckend im VRR-Gebiet eingeführt wird, sondern ein Flickenteppich entstehen wird. Zwar hat inzwischen die Landesregierung die Bezirksregierungen per Erlass darüber informiert, dass auch die »Nothaushaltskommunen« an dem Pilotprojekt teilnehmen dürfen. Allerdings werden einige Kommunen oder Kreise nicht teilnehmen, zumal die



Finanzierung aus Landesmitteln zwar voraussichtlich für die Pilotphase bis Ende 2012 ausreichend, darüber hinaus jedoch unsicher ist. Damit ist ein Misserfolg des Projekts »VRR-Sozialticket« schon vor dem Start programmiert.

# Wer soll denn da noch durchblicken?

Der Schulkonsens – rückwärts-gewandt und undemokratisch

**Am 19. Juli wurde der »Schulfrieden« von CDU, SPD und Grünen verkündet. Von Schulkonsens ist die Rede, aber in Wirklichkeit wird das undemokratische, gegliederte und aussondernde Schulsystem zementiert.**

Die Gemeinschaftsschule, die mit viel Lob insbesondere in den ländlichen Regionen gestartet war und Kindern mit Real-, Hauptschul- und

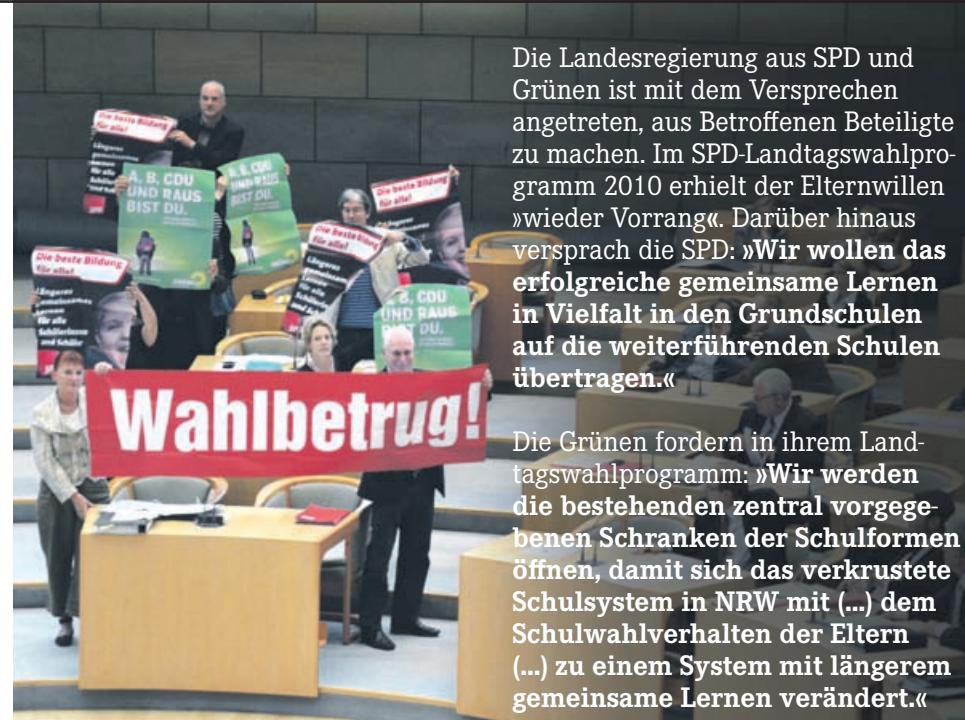
Gymnasialempfehlung ein gemeinsames Lernen mit individueller Förderung bis zur zehnten Klasse ermöglichte, heißt nun Sekundarschule. Sie soll als fünfte Schulform neben Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Gesamtschule ins Schulgesetz kommen. Von der Sekundarschule soll es wiederum mehrere Unterarten geben. Das führt zu einer weiteren Zergliederung des Schulsystems. Während andere Bundesländer in den vergangenen Jahren die Zahl der Schulformen auf zwei reduziert haben, beschreitet NRW damit einen völlig unsinnigen Sonderweg. Die Landesregierung schafft ein weltfremdes und ineffektives sechsgliedriges Schulsystem. Grüne und SPD brechen nun ihre Wahlversprechen durch den schulpolitischen Konsens mit der CDU:

– Es gibt kein Recht auf einen Platz in der Sekundarschule oder Gesamtschule!

**Gunhild Böth**  
Schul- und hochschulpolitische Sprecherin



**NEIN!** »Es gibt keinen »Schulfrieden«, weil das gegliederte Schulsystem Verfassungsrang erhält. Damit müssen Kinder weiter in unerwünschten Schulformen, weil es keine Garantie auf Gesamtschulplätze gibt!«



Die Landesregierung aus SPD und Grünen ist mit dem Versprechen angetreten, aus Betroffenen Beteiligten zu machen. Im SPD-Landtagswahlprogramm 2010 erhielt der Elternwillen »wieder Vorrang«. Darüber hinaus versprach die SPD: »Wir wollen das erfolgreiche gemeinsame Lernen in Vielfalt in den Grundschulen auf die weiterführenden Schulen übertragen.«

Die Grünen fordern in ihrem Landtagswahlprogramm: »Wir werden die bestehenden zentral vorgegebenen Schranken der Schulformen öffnen, damit sich das verkrustete Schulsystem in NRW mit (...) dem Schulwahlverhalten der Eltern (...) zu einem System mit längerem gemeinsamen Lernen verändert.«

– Der Elternwille muss nicht eingeholt werden!

– Stadträte können weiterhin die Wünsche der Eltern (gemeinsames Lernen aller bis zur zehnten Klasse) ignorieren!

Der »Schulfrieden« von Regierung und CDU zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass nun die ursprüngliche Idee der Gemeinschaftsschule erheblich eingeschränkt wird: Es gibt keine eigene Oberstufe, auch nicht bei wachsenden Anmeldezahlen.

Das heißt, dass eine Sekundarschule nicht nachträglich um eine Oberstufe erweitert werden kann. Dafür ist dann die Neugründung einer Schule notwendig. Die formalen Hürden für Eltern, die ihre Kinder länger gemeinsam lernen lassen wollen, werden durch den Schulkonsens noch ausgebaut.

So ist es kein Wunder, dass auch unter der SPD-Grünen-Landesregierung 2011 mehr als 11.000 Kinder an Ge-

samt- und Gemeinschaftsschulen abgelehnt wurden. Wie wehrlos die Eltern unter der aktuellen Landesregierung sind, zeigt beispielweise die Situation im Rhein-Sieg-Kreis. Dort blieben mit einer Ablehnungsquote von 51,7 Prozent immerhin 630 Kinder unversorgt. Allein für die abgelehnten Kinder in diesem Landkreis würden sechs zusätzliche Gesamtschulen benötigt. So sieht der schöne »Schulfrieden« der Landesregierung aus!

# »Die Abschaffung der Studiengebühren ist ein Mosaiksteinchen zu wirklicher Bildungsgerechtigkeit.«



Die Studiengebühren in NRW sind dank des Bildungstreiks und des Drucks der Fraktion DIE LINKE zum gerade beginnenden Wintersemester 2011/2012 abgeschafft. Wäre es nach Ministerpräsidentin Hannelore Kraft gegangen, würden die Studierenden noch bis zum nächsten Jahr geschröpft. ROTDRUCK sprach mit Daniel Lucas, der an der Universität Duisburg/Essex studiert und bisher 480 Euro Studiengebühren pro Semester zahlen musste.

**Was war es für ein Gefühl, auf dem Rückmeldeüberweisungsträger fast 500 Euro weniger stehen zu haben?**

An unserer Universität waren es ja »nur« 480 Euro. Das sind im Jahr aber auch mehr als drei Monatsmieten. Da ist es durchaus erfreulich, dass diese Summe wegfällt.

**Wie hat sich das damals bemerkbar gemacht?**

Typische Gespräche am Ende eines Semesters, also kurz vor der Rückmeldung, handelten

immer davon, ob man bereits das Geld für die Rückmeldung zusammen hat. Das fällt nun weg, das ist sehr beruhigend. Der Semesterstart ist dadurch auch deutlich entspannter. Die Beschaffung von Büchern, Skripten und so weiter wird einfacher werden, da eben keine 500 Euro im Budget fehlen. Das wiederum wirkt sich natürlich auch auf die »Geld-Beschaffungsmaßnahmen«, also Jobs, aus. Dafür ging bisher sehr viel Zeit drauf. Wochenende, Abende – Zeit, die für das Studium da sein sollte.

**Das verlängert natürlich die Studiendauer. Die erste Hürde Studiengebühren wurde ja nun abgeschafft. Ja, und das ist auch wichtig. Aber wir sollten weiterdenken. An skandinavische Verhältnisse anknüpfen. Die Studiengebühren waren ja nicht der einzige existenzbedrohende Faktor für Studierende. In puncto finanzieller Ausstattung von Studierenden muss sich die deutsche Mentalität unbedingt wandeln. Sonst entfernen wir uns von dieser sagenumwobenen »Bildungs-**

republik« sukzessive immer weiter.

**Daniel, du warst ja auch im Bildungstreik aktiv, der sich jahrelang für die Abschaffung der Studiengebühren stark gemacht hat und lautstark protestiert hat. Ist es nicht eine Genugtuung zu sehen, dass mit dem nötigen Druck von der Straße Verhältnisse verändert werden können?**

Natürlich war das ein schöner Erfolg. Aber die Abschaffung der Studiengebühren wird die Probleme im Bildungssystem nicht alleine lösen. Es ist ein Mosaiksteinchen auf dem Weg zu einer wirklichen Bildungsgerechtigkeit. Dazu gehören die Beendigung der Selektion in der Schule, mehr Ausbildungsplätze, mehr Personal an den Hochschulen, mehr Demokratie im Bildungssektor und noch vieles mehr. Entsprechend natürlich auch die Abschaffung der Hochschulräte.

**Welche konkreten weiteren Schritte wünschst Du Dir?**

Auch unter der rot-grünen Regierung wurden viele Versprechungen nicht umgesetzt. Wir müssen die Hochschulen (re-)demokratisieren, das heißt wir müssen vor allem den Senat wieder stärken. Und wir müssen dafür sorgen, dass es in der Gesellschaft endlich wieder ein Verständnis für Wissenschaft und ihre Ausübung gibt.

**Özlem Alev Demirel**  
Parlamentarische Geschäftsführerin, kommunalpolitische Sprecherin



**JA!** »Es lohnt sich zu kämpfen. Durch die Bildungstreikbewegung und unser Engagement im Landtag sind Studiengebühren endlich Geschichte. Wir kämpfen weiter für gebührenfreie Bildung von der Kita über Schulen und Unis bis zur Weiterbildung!«

# Eine sozial gerechte Energiewende ist machbar – wenn man nur will

**Die Energiekonzerne RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW hatten mit der Merkel-Regierung das Abkommen zur Laufzeitverlängerung der AKWs erreicht und damit ihre Macht über die Politik demonstriert. Wo es um Milliarden für die Profite geht, da bleiben die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung und der kommenden Generationen natürlich auf der Strecke.**

Doch das Ergebnis war ein spektakuläres Aufblühen der Anti-AKW-Bewegung. Auch die Katastrophe von Fukushima trug dazu bei. Breite Mehrheiten der Bevölkerung wollen den Ausstieg aus der Atomenergie. Die Regierung Merkel musste zurückrudern. Jetzt haben viele das Gefühl, die Sache sei gelaufen, und die Bereitschaft dafür auf die

**Michael Aggelidis**  
Wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher



**JA!** »Die Energieriesen missbrauchen ihre Macht und verhindern die dringend erforderliche sozial-ökologische Wende – deshalb: vergesellschafteten, dezentralisieren, kommunalisieren, demokratisieren!«



Straße zu gehen nimmt ab. Die Sache ist aber nicht gelaufen. Noch sind gut ein halbes Dutzend AKWs am Netz. Außerdem gibt es andere atomare Anlagen, wie zum Beispiel die Urananreicherungsanlage in Gronau. Übrigens hatte auch der – über Jahrzehnte ausgehende – »Ausstieg« der damaligen Regierung von SPD und Grünen keinen Bestand. Immer noch geht es den Konzernherrn um Milliarden. Um jedes Jahr Restlaufzeit der verbliebenen Meiler wird ge-

feilscht. Energiegewinnung durch Kohlekraftwerke wird als notwendig dargestellt, obwohl das den unabdingbaren Klimazielen widerspricht. Die erneuerbaren Energien werden nur in hoch zentralisierten Formen wie bei den Offshore-Windkraftanlagen im Meer oder mit »Deserteck« in der afrikanischen Wüste ins Auge gefasst, weil sich nur so die monopolistischen Strukturen und damit die Extraprofite aufrecht erhalten lassen. Jetzt plant E.ON offenbar, 10.000 oder mehr Beschäftigte zu entlassen. Die Be-

schäftigten und die Verbraucherinnen und Verbraucher sollen die Zeche dafür zahlen, dass sich die Energiekonzerne nicht rechtzeitig auf das nachatomare Zeitalter eingestellt haben. Wir brauchen eine radikale Energiewende hin zu demokratisch kontrollierten dezentralen Formen der Produktion und Verteilung, zur Umstellung auf 100 Prozent erneuerbare Energien und auch zum massiven Einsparen von Energie. Das ist eine große Aufgabe, die den Einsatz vieler Beschäftigter erfordert. Hier werden Arbeitsplätze geschaffen, nicht vernichtet. Doch die Macht der Konzerne steht einer solchen Energiewende im Weg. In Nordrhein-Westfalen setzt sich die Minderheitsregierung von SPD und Grünen über die Landesverfassung hinweg, deren Artikel 27 lautet:

1. Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.  
2. Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten.  
Das ist ein Gebot. Worauf sollten »monopolartige Stellung« und »Missbrauch wirtschaftlicher Macht« besser passen als auf die Energieriesen RWE, E.ON und Konzernen? Doch SPD und Grüne

haben sich sogar dem bescheidenen Antrag der Fraktion DIE LINKE verweigert, den Kauf der Übertragungsnetze von der RWE-Tochter Amprion zu prüfen, damit diese in Landes-eigentum überführt werden. Inzwischen hat ein privater Investor Amprion gekauft und damit unsere Stromversorgungsnetze. Ganz wichtig ist die Verbindung der ökologischen mit der sozialen Problematik. Heute zahlen diejenigen am wenigsten, die am meisten verbrauchen. Aber genau umgekehrt muss das sein! Der Stromverbrauch der privaten Haushalte gehört zur Grundversorgung und zur gesellschaftlichen Teilhabe einfach dazu. Deswegen muss es ein kostenloses Grundkontingent für alle geben und für höheren oder besonders hohen Verbrauch progressive Tarife. So ist die Energiewende sozial gerecht machbar – wenn man nur will.

**Hamide Akbayir**  
Umwelt- und verbraucherpolitische Sprecherin



**NEIN!** »Die Energiewende darf nicht auf Kosten der Beschäftigten und Erwerbslosen umgesetzt werden. Wir kämpfen für einen sozialen und ökologischen Umbau mit tariflichen Arbeitsplätzen und zehn Euro Mindestlohn!«

# Fracking Große Koalition gegen Bürgerinteressen

**Die Energiekonzerne wittern das große Geschäft, CDU und FDP wollen auf die Umwelt sowieso keine Rücksicht nehmen und SPD wie Grüne stellen im Bundesrat nur windelweiche Anträge, um dann einzuknicken. So sieht es aus, wenn es in NRW um Fracking geht, eine riskante Technik zur Förderung von Gasvorkommen.**

Die Energiekonzerne vermuten in NRW das zweitgrößte Erdgasvorkommen Europas, und Grüne wie SPD wollen offensichtlich jede Auseinandersetzung mit ihnen vermeiden. Der grüne Umweltminister von NRW, Johannes Remmel, ist selbst mit seinem schwachen Antrag, Umweltschäden beim riskanten Fracking-Verfahren zu vermeiden, im Bundesrat gescheitert. Die Beschlüsse im Wirtschaftsausschuss des Bundesrats zeigen, dass die Energiekonzerne am längeren Hebel sitzen. Mit dem jetzt beschlossenen Bergrecht gibt

es für die rot-grüne Regierung nur noch einen Weg, die Bevölkerung des Landes vor Chemikalien und Erdgas im Leitungswasser zu schützen: Sie muss, wie DIE LINKE es schon im Februar in einem Antrag verlangt hat, auf Landesebene Fracking verhindern. Sie muss jeden Antrag auf unkonventionelle Erdgasförderung oder Probebohrungen ablehnen und prüfen, ob und wie bereits laufende Probebohrungen noch gestoppt werden können. Doch die SPD/Grüne-Landesregierung will erstmal nur ein Gutachten in Auftrag geben, das die Gefahren prüft. Und sie betont gleichzeitig, dass sie grundsätzlich für diese Form der Erdgasgewinnung ist. Unter dem Druck der profitgierigen Konzerne spielen SPD und Grüne auf Zeit, statt diese Risiko-technologie grundsätzlich abzulehnen. Die einzige Fraktion, die die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt, die Erdgasgewinnung durch Fracking ablehnt und im Landtag dagegen kämpft, ist DIE LINKE.

# Milliardengrab: Der Untergang der WestLB

## Zerschlagung zulasten der Beschäftigten und der Steuerzahler/-innen droht



... einer Managerhaftung und entsprechendem Vorgehen, was die Fraktion DIE LINKE immer wieder gefordert hat, ist bei SPD und Grünen trotzdem keine Rede. Das Ausmaß der Krise bei der WestLB ist noch viel größer, als es bereits bekannt war. Als es bereits bekannt war, Privatisierung, Zerschlagung und Aufspaltung der Landesbank, das alles wird nun Realität. Das komplette Versagen der ehemaligen CDU/FDP-Landesregierung unter Ministerpräsident Rüttgers und Finanzminister Linssen hat letztlich zum Ende und zu Milliardenverlusten bei der Bank geführt. Doch insbesondere die SPD und auch die Grünen, mit Ex-Bauminister Vesper im Aufsichtsrat, waren bereits vor 2005 und jetzt erneut an dem Desaster beteiligt. Und die Milliardenspirale drehte sich immer weiter. Auch jetzt sind weitere, bis zu zweistellige Milliardenbeträge als abschließende Finanzhilfen nicht mehr ausgeschlossen. DIE LINKE wollte und will alle Vorgänge und Verantwortlichkeiten, die zu diesem Finanzdesaster für die öffentliche Hand geführt haben, vollständig klären. Schon im Februar 2009 hat die damals fraktionslose LINKE deshalb zum ersten Mal einen Untersuchungsausschuss gefordert. Allerdings verweigerten alle anderen Fraktionen, die alle tief in die WestLB-Krise

verstrickt sind, die Unterstützung. Auch jetzt muss endlich ein Untersuchungsausschuss zur vollständigen Aufklärung der Vorgänge bei der WestLB eingerichtet werden. Doch immer noch verweigern sich SPD und Grüne. Dabei geht es auch um die Manager- und Aufsichtsratschaftung. Außerdem müssen die Konsequenzen für die Kommunen, Landschaftsverbände und Sparkassen genau geprüft werden. Denn die WestLB darf nicht zur Beute der Finanzhaie werden. Doch auch die SPD/Grünen-Landesregierung schafft hier bisher keine echte Transparenz und zieht keine ernsthaften Konsequenzen aus dem Finanzdesaster. Im Gegenteil: Einerseits werden viele Milliarden für die WestLB bereitgestellt, andererseits gibt es Spardiktate in den Kommunen und Sparpolitik in Düsseldorf. Für die Menschen in NRW ist unter Rot-Grün kein Geld da, für die Banken scheinbar unbegrenzt.

Die WestLB war einmal die größte Bank Deutschlands. Größenwahn, Inkompetenz und eine verhängnisvolle Politik haben sie in den Ruin getrieben. Alle Voraussagen der LINKEN für die WestLB haben sich nach und nach bestätigt. Erneut haben sich nun weitere Milliarden-Altlasten der ange-

schlagenen WestLB angesammelt. Das Land NRW – und damit die Steuerzahler/-innen – sollen vermutlich im Jahr 2012 mit einem Nachtragshaushalt schon wieder für Sicherheiten von voraussichtlich mindestens fünf Milliarden Euro aufkommen. Derweil kassiert der noch von der CDU/FDP-Landesregierung beauftragte Bank-Abwickler Friedrich Merz (CDU) weiter seine Millionen. Diesem Treiben schaut die seit 2010 regierende Landesregierung von SPD und Grünen weitgehend tatenlos zu.

Die WestLB soll abgewickelt werden. Das Institut soll auf etwa ein Viertel seiner ursprünglichen Größe schrumpfen. Übrig bleiben wird dann nur noch eine sogenannte Ver-

bundbank für die NRW-Sparkassen. Diese soll jetzt mit rund 400 Beschäftigten an die Hessische Landesbank (HeLaBa) verkauft werden. Weitere Teile sollen privatisiert werden. Risikobehaftete Papiere dürften erneut in die vom Bund unterstützte und vom Land sowie den Sparkassen- und Landschaftsverbänden finanzierte erste Abwicklungsanstalt (EAA) ausgelagert werden. Im Gespräch ist die Auslagerung von wertlosen oder nicht mehr marktfähigen Papieren in einer Größenordnung von bis zu 170 Milliarden Euro. Diese Milliarden wurden durch die unkontrollierte Spekulationspolitik der WestLB Banker, die selber mit Millionennummern davon profitiert haben, verbrannt. Doch von

Ralf Michalowsky Kultur- und medienpolitischer Sprecher



**JA!** »Es müssen endlich diejenigen zur Kasse gebeten werden, die wie die Maden im Speck leben und ihren Wohlstand auf der Verarmung weiterer Teile der Bevölkerung gründen!«

Rüdiger Sagel Haushalts- und finanzpolitischer Sprecher



**JA!** »Soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit gibt es wirklich nur mit der LINKEN!«



## Flyer und Broschüren der Fraktion DIE LINKE

Wir stellen Argumentationshilfen und Hintergrundinfos kostenfrei zur Vergütung. Alle Flyer und Broschüren gibt es als PDF zum Download auf [www.linksfraktion-nrw.de](http://www.linksfraktion-nrw.de), sie sind telefonisch zu beziehen unter 0211/8844621 oder per E-Mail an [sonja.krurup@landtag.nrw.de](mailto:sonja.krurup@landtag.nrw.de).

### Flyerthemen

Neonazis stoppen! Blockieren ist unser Recht! // Gleiche Rechte für alle! Gegen Homophobie! // Atomausstieg sofort! Energiewende jetzt – Menschen vor Profite! RWE, E.ON und Co. entmachten! // NRW-Card jetzt! Für ein landesweites Sozialticket // Programm zur Tagung der Fraktion DIE LINKE am 18.06.2011: »Demokratisierung der Polizei!« // DIE LINKE: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! // 25 Jahre Tschernobyl, 1 Monat Fukushima // Schutzschirm für die Kommunen! // Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Erinnerungen an Jupp Angenfort // Studiengebühren sofort abschaffen! Sozial auch nach der Wahl! // Kein Werben fürs Sterben! Keine Bundeswehr auf dem NRW-Tag!

### Broschüren

Das vergessene braune Erbe – 60 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen  
LINKS WIRKT – Ein Jahr Fraktion DIE LINKE im Landtag Nordrhein-Westfalen

# Von gewendeten und bekennenden Nazis

1945. Der Krieg ist beendet. Im Westen wie im Osten werden Leichen und Trümmerberge fortgeräumt. Schuld an Faschismus? Nur Hitler und sein engstes Umfeld, so die öffentliche Meinung in Westdeutschland. Was folgte ist bekannt: Stunde Null, Wirtschaftswunder, allenfalls noch Persilscheine. Ansonsten: Heimatfilme und das Schweigen im Walde.

gepartei umgewandelt werden. Noch weniger indes ist bekannt, wer nach dem Krieg in Nordrhein-Westfalen in neuen Gewändern Politik machte. Ein vergessenes braunes Erbe, an dem über Jahrzehnte niemand rühren wollte. Erst 2009 wurde das Tabu durch eine vom Landtagsabgeordneten Rüdiger Sagel (DIE LINKE) in Auftrag gegebene historische Studie gebrochen. Sie doku-

Als PDF zum Download auf [www.linksfraktion-nrw.de](http://www.linksfraktion-nrw.de)



So ist bis heute nur wenigen bekannt, dass Anfang der 50er Jahre ehemals führende und weiterhin bekennende Nationalsozialisten in Westdeutschland einen neuen Anlauf zur Macht unternahmen. Die NRW-FDP sollte unterwandert und in eine NS-Nachfol-

gerente, wie nahtlos nach dem Krieg alte Nazis in CDU und FDP Karriere machten und sich bald im Landtag bis in oberste Führungspositionen hinein neue braune Seilschaften bildeten. Die Studie war schnell vergriffen. Nun liegt eine Neuauflage vor. Wer Näheres über die NS-Vergangenheit von Ministern, Fraktionsvorsitzenden und Abgeordneten wissen will und sich überdies dafür interessiert, wieso die gerichtliche Aufarbeitung der NS-Verbrechen so unwillig und schleppend vollzogen wurden, dem sei die kostenlos über die Landtagsfraktion DIE LINKE erhaltliche Studie empfohlen.

Das vergessene braune Erbe. 60 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen. Autor: Dr. Michael C. Klepsch. Hrsg. v. Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW.

Bärbel Beuermann Fraktionsvorsitzende, europä- und verkehrspolitische Sprecherin



**NEIN!** »Wir schweigen nicht zu den rechten Ideologien – nicht zur Vergangenheit, nicht zur Gegenwart und auch in Zukunft nicht. Ob im Parlament oder auf der Straße, wir lassen uns unser Engagement für eine friedliche Welt nicht verbieten.«

# Fraktion vor Ort

Opposition innerhalb und außerhalb des Landtags – auch den ganzen Sommer über waren die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Landtag Nordrhein-Westfalen immer wieder auf der Straße, bei Veranstaltungen und Aktionen. Gemeinsam mit den Menschen in NRW kämpfen sie für deren Rechte – vor Ort, wo sie bedroht sind.



Gemeinsam mit 6000 Menschen demonstriert auch die Landtagsfraktion DIE LINKE für den sofortigen Ausstieg aus der Nutzung der tödlichen Atomenergie. Bundesweit gehen an diesem Tag 160.000 Menschen auf die Straße.

Auf dem gut besuchten Kongress »Demokratisierung der Polizei?!« diskutieren Fraktion, Experten und Besucher/-innen über Defizite bei der Polizei und Möglichkeiten zu ihrer Vermeidung und Behebung.

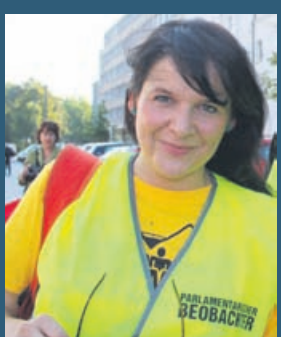
Gemeinsam mit der Bundestagsfraktion prangert die Landtagsfraktion DIE LINKE einen besonderen und doch alltäglichen Krimian: »Tatort Niedriglohn« zeigt Opfer und Täter der Niedriglohn-Politik.

Tausende Pflegekräfte demonstrieren gegen die Unterfinanzierung von Krankenhäusern, Rehazentren und Seniorenheimen. Mit dabei: Der ehemalige Personalratsvorsitzende einer Klinik und heutige Fraktionsvorsitzende Wolfgang Zimmermann.

Die Fraktion DIE LINKE beteiligt sich an den massenhaften Protesten gegen einen Aufmarsch von Neonazis zum Antikriegstag, setzt sich für die Rechte von Demonstrantinnen und Sitzblockierern ein und dokumentiert Übergriffe durch die Polizei.

# »Das ist offener Straßenterror«

## Massive Zunahme neonazistischer Angriffe auf Antifaschisten in NRW

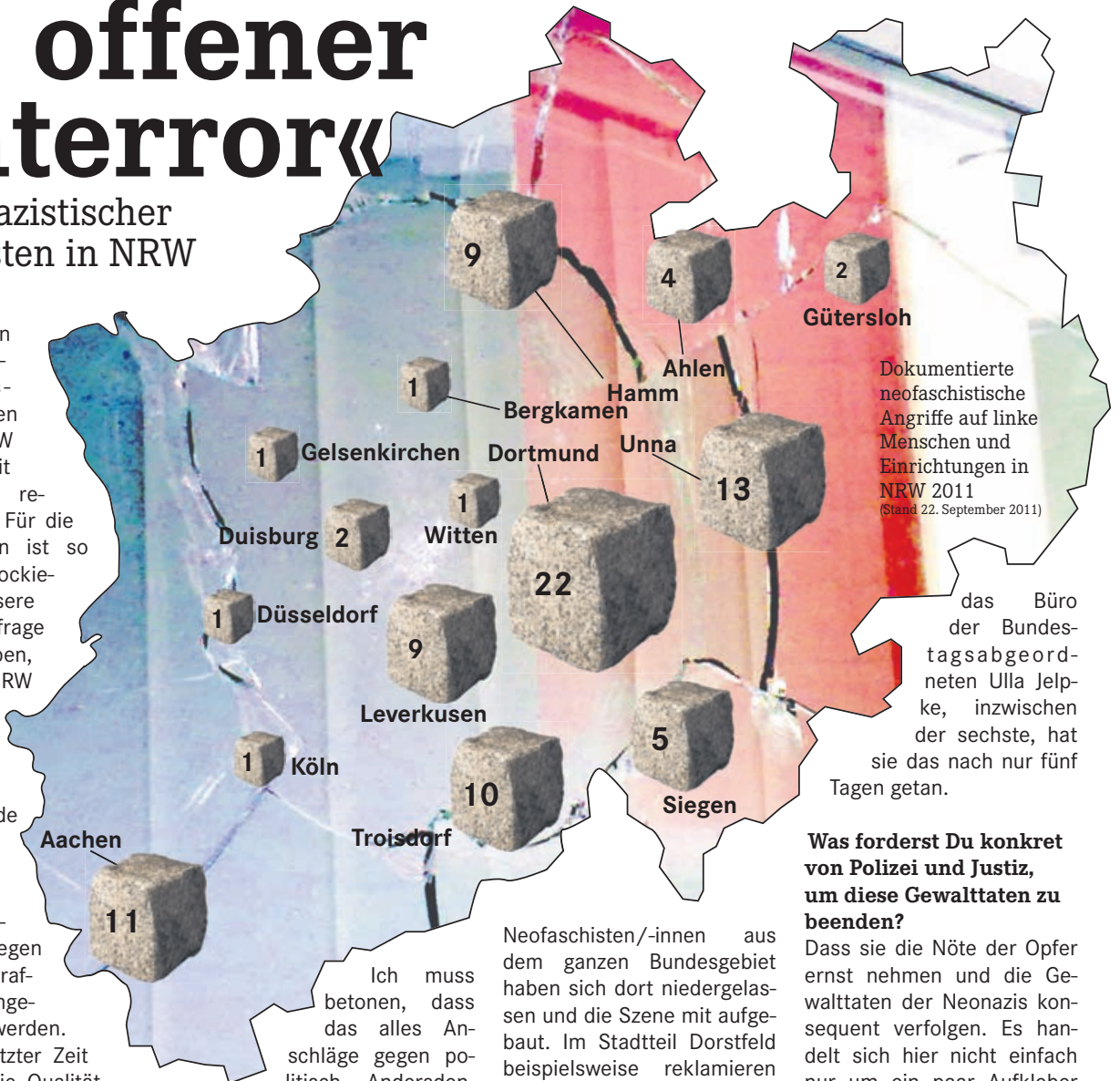


In den letzten Monaten hat es in NRW so viele Übergriffe und Anschläge von Neonazis gegen Antifaschisten/-innen gegeben wie schon lange nicht mehr. **Anna Conrads, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW**, hat nachgeforscht und eine erschreckende Entwicklung festgestellt. ROTDRUCK sprach mit Conrads über die massive Zunahme rechter Gewalt in NRW.

### Anna, was muss man sich unter einem neonazistischen »Übergriff« oder »Anschlag« eigentlich vorstellen?

Hakenkreuz-Schmierereien an den Häusern von Gewerkschaftern oder Mord-

drohungen gegen Antifaschisten müssen wir in NRW schon seit längerem registrieren. Für die Betroffenen ist so etwas schockierend. Unsere Große Anfrage hat ergeben, dass in NRW in den vergangenen Jahren nahezu jede Woche rund 100 Ermittlungsverfahren wegen rechter Straftaten eingeleitet werden. Aber in letzter Zeit hat sich die Qualität verändert: Fenster werden eingeworfen, Büros verwüstet, Autoreifen zersto- chen und Menschen zusammen- geschlagen. Das ist offener Straßenterror. Wir hatten allein in den Sommerferien 20 solcher schweren Fälle, davon zehn in Dortmund.



das Büro der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke, inzwischen der sechste, hat sie das nach nur fünf Tagen getan.

### Was forderst Du konkret von Polizei und Justiz, um diese Gewalttaten zu beenden?

Dass sie die Nöte der Opfer ernst nehmen und die Gewalttaten der Neonazis konsequent verfolgen. Es handelt sich hier nicht einfach nur um ein paar Aufkleber und Schmierereien. Übergriffe und Morde müssen auch als rechte Straftaten benannt werden und in den polizeilichen Statistiken auftauchen. Zentral ist auch die Einrichtung von Opferberatungsstellen für NRW, die den Betroffenen psychologisch und praktisch beistehen. Für die Einrichtung und Finanzierung solcher Stellen haben wir uns im Landtag von Anfang an stark gemacht.

Neofaschisten/-innen aus dem ganzen Bundesgebiet haben sich dort niedergelassen und die Szene mit aufgebaut. Im Stadtteil Dorstfeld beispielsweise reklamieren Nazis ganze Straßenzüge für sich. Politik und Polizei haben dort zu lange weg- gesehen, die Rechten konnten lange und ungestört agieren und die Menschen im Viertel einschüchtern. Aber am 3. September haben über 10.000 Menschen in Dortmund gegen den braunen Spuk demonstriert und gezeigt, dass sie die Nase gestrichen voll haben.

### Warum fühlen sich die Nazis dort so sicher?

Weil sie bis dato wenig zu befürchten haben. SPD-Innenminister Ralf Jäger betont ja gerne, Polizei und Verfassungsschutz hätten die rechte Szene im Visier. Die Ermittlungserfolge von Polizei und Staatsschutz gehen allerdings gegen Null. Und das, obwohl die Opfer teilweise detaillierte Hinweise auf die Täter geben konnten. Die Dortmunder Staatsanwaltschaft stellt oftmals binnen weniger Tage die Ermittlungsverfahren ein. Im Fall des jüngsten Anschlags auf

Ich muss betonen, dass das alles Anschläge gegen politisch Andersdenkende, vor allem Gewerkschafter und Linke sind. Das ist in dieser Intensität neu. Übergriffe gegen Migranten/-innen und ihre Einrichtungen haben wir hier gar nicht mitgerechnet.

### Die Hälfte dieser Angriffe gab es nach deinen Recherchen in Dortmund. Warum ausgerechnet dort?

Insbesondere in der Ruhrstadt hat sich über die letzten Jahre eine aggressive neofaschistische Szene entwickelt.

**Wolfgang Zimmermann**  
Fraktionsvorsitzender,  
arbeits- und gesundheits-  
politischer Sprecher



**JA!** »Die Angriffe von Nazis auf unsere Partei, auf Migranten/-innen und Menschen, die sich gegen die braunen Umtriebe stellen, zeigen deutlich: Der Widerstand gegen Naziaufmärsche muss weitergehen!«

**Die Große Anfrage und die Antwort der Landesregierung zum Thema »Neofaschismus bzw. Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen« gibt es hier:**

[www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD15-921.pdf?von=1&bis=0](http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD15-921.pdf?von=1&bis=0)

Ja, ich will mehr Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon/Mobil

E-Mail

Geburtsdatum

Unterschrift

Bitte ausgefüllt per Post an: Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf Oder E-Mail an: [judith.demba@landtag.nrw.de](mailto:judith.demba@landtag.nrw.de)

**IMPRESSUM**  
Herausgeber: Fraktion DIE LINKE im Landtag Nordrhein-Westfalen Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Telefon 0211/8844602  
Telefax 0211/8843700  
[florian.kaiser@landtag.nrw.de](mailto:florian.kaiser@landtag.nrw.de)  
**V.i.S.d.P.:** Florian Kaiser

**Auflage:** 100.000  
**Gestaltung:** Mediendepot Ruhr, Duisburg  
**Druck:** BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Berlin